Nach Schüssen in München: Österreichs Grüne fordern schärferes Waffenrecht

Nach den Schüssen in München fordern Österreichs Grüne eine Verschärfung des Waffenrechts, um Waffengewalt zu verhindern.

Ein mutmaßlicher Terroranschlag in München hat erneut die Diskussion über die Waffengesetzgebung in Österreich entzündet. Der Vorfall, bei dem ein 18-jähriger Schütze, der von der Polizei getötet wurde, in die Schusswaffe gelangte, obwohl ihm ein Waffenverbot auferlegt war, wirft schwerwiegende Fragen zu den bestehenden Regelungen auf. Insbesondere gehen die Stimmen der österreichischen Grünen, die eine Verschärfung des Waffenrechts fordern, durch die Medien.

Der Schütze hatte sich ein Gewehr und Munition aus einem privaten Verkauf besorgt. Dies ist ein zentrales Thema, da nach österreichischem Recht solche Waffen der Kategorie C angehören, zu der die meisten Jagdgewehre zählen. Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass private Verkäufer nicht verpflichtet sind, das Vorliegen eines Waffenverbots zu überprüfen, was eine Lücke im System darstellt. Professionelle Waffenhändler hingegen müssen einen drei Tage währenden Prüfprozess durchlaufen, was einen gewissen Sicherheitspuffer schaffen soll.

Forderungen nach Reformen

Nach dem Vorfall haben die Grünen klar gefordert, es müsse dringend ein einfacher Zugang zu Schusswaffen für Personen mit einem Waffenverbot unterbunden werden. In einem

Interview mit der Zeitung „Der Standard“ äußerten sie, dass es unvertretbar sei, dass ein junger Mann mit einem solchen Verbot unkontrolliert Zugang zu Waffen erhalten kann. Diese Forderung richtet sich direkt an die konservative Volkspartei (ÖVP), die aktuell den Innenminister stellt.

Die Grünen haben den Innenminister Gerhard Karner aufgefordert, deutliche Verschärfungen des Waffenrechts zu präsentieren. Unter anderem wünschen sie sich ein generelles Verbot des privaten Waffenverkaufs. Der Innenminister war jedoch eher zurückhaltend und signalisierte lediglich, dass er bereit wäre, potenzielle Gesetzeslücken zu prüfen. Ein vollständiges Aus für private Verkäufe konnte er sich jedoch nicht vorstellen. Dies lässt auf Differenzen innerhalb der Koalition schließen, die seit fünf Jahren besteht.

Inmitten dieser Diskussion fordert die ÖVP zusätzliche Befugnisse zur Überwachung von elektronischen Nachrichten, um Extremismus effektiver bekämpfen zu können. Diese Maßnahme wurde angestoßen im Kontext der Schüsse nahe des israelischen Konsulats in München und zeigt eine andere Herangehensweise an die aktuelle Problematik.

Die Ereignisse in München werfen ein Schlaglicht auf die Herausforderungen und das Spannungsfeld, das zwischen Freiheit und Sicherheit in der Waffengesetzgebung besteht. Die vorliegenden Informationen zeigen einen klaren Handlungsbedarf auf, um Missbrauch und den unkontrollierten Zugang zu Schusswaffen zu verhindern. Der Verlauf der Gespräche und die künftigen Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger werden mit Spannung erwartet, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Parlamentswahlen Ende September.

Die aktuelle Debatte könnte somit nicht nur Antworten auf akute Sicherheitsfragen liefern, sondern auch weitreichende Änderungen im Umgang mit Waffen in Österreich nach sich ziehen.

dpa

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de